

„Ich hoffe, dass wir es alle gemeinsam schaffen, den Krieg abzuwenden“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß engagiert sich seit Jahren für eine Verständigung mit Russland. An der Parteispitze gibt es dazu Kontroversen. Im Interview mit Multipolar betont er, die überwiegende Mehrheit der Partei – „auch im Westen“ – sei dafür, den Konflikt mit Moskau zu entschärfen und Russland „als Wirtschaftspartner zurückzugewinnen“. Rothfuß äußert sich auch zum BSW sowie zu seinen Plänen in der Migrationspolitik.

KARSTEN MONTAG, 4. November 2026, 3 Kommentare

Multipolar: *Herr Rothfuß, Sie sind seit 2023 Abgeordneter im Bundestag und dort menschenrechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, Obmann im Ausschuss für Menschenrechte sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Sie blicken nicht auf eine lange Parteikarriere zurück, sondern kommen eigentlich aus der Wissenschaft. Bis 2015 waren Sie Professor für Politische Geografie und Entwicklungsländerforschung an der Universität Tübingen. 2016 starteten Sie dann die sogenannte „Druschba-Initiative“, die „Freundschafts- und Friedensfahrten“ nach Russland organisiert. Zunächst: Woher rührt Ihr Engagement für eine Freundschaft mit Russland?*

Rothfuß: Das wurzelte in meiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Universität Tübingen, an der ich bis 2015 beschäftigt war. Dort habe ich mich intensiv mit der Entstehung von Feindbildern beschäftigt, die meistens die Grundlage für Konflikte bilden. Mir ist bei der Beobachtung des Maidan-Protests 2014, den man auch als Putsch bezeichnen kann, klar geworden, dass dies eine neue Stufe der Eskalation eines geopolitisch gewollten Konflikts zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Europas mit dem gigantischen Russland, das weit nach Asien hineinreicht, darstellt. Ich hatte während meiner Zeit an der Universität Tübingen die Möglichkeit genutzt, den damaligen russischen Botschafter Wladimir Grinin im Rahmen einer Vorlesungsreihe zu Feindbildern in der internationalen Geopolitik einzuladen. In dieser Vorlesungsreihe hatte übrigens auch der Schweizer Historiker Daniele Ganser gesprochen.

Als ich die Juniorprofessur in Tübingen abgeschlossen hatte und wieder selbstständig tätig war, habe ich mir Gedanken gemacht, wie ich mich weiter dafür einsetzen kann, dass der Frieden mit Russland bewahrt bleibt. Zur Sendung „KenFM Positionen Nummer 4“ hatte ich damals, 2016, die Idee, dass wir doch einfach in unsere Autos steigen und nach Russland fahren sollten, um die Russen kennenzulernen und ihnen klar zu machen, dass wir die Propaganda unserer politischen Lautsprecher nicht glauben und mit den Russen in Frieden leben wollen.

Diese Idee, deren Umsetzung ich alleine gar nicht hätte stemmen können, habe ich in der Sendung einfach in den Raum gestellt. Daraufhin haben sich sofort viele hilfreiche Geister und Aktivisten gemeldet – so wie Owe Schattauer, der Sergej Filbert mit ins Spiel gebracht hat. Filbert hat die Idee in Russland über seinen Youtube-Kanal „Stimme Deutschlands“ mit heute fast 800.000 Abonnenten verbreitet, und so ist die Idee ins Rollen gekommen. Das Logo von den Freundschafts- und Friedensfahrten – das Herz mit den deutschen und russischen Fahnen sowie der Friedenstaube davor – ist auf der Druschba-Fahne bis heute noch gängig auf Friedensdemos. Und es fahren auch heute noch jährlich Gruppen nach Russland.

Multipolar: *Wann hatten Sie das erste Mal den Eindruck, dass es zu einem Krieg zwischen dem Westen Europas und Russland kommen könnte?*

Rothfuß: Beim MH17-Abschuss in der Ukraine Mitte 2014. Das sah für mich nach einer False Flag-Aktion aus, mit der ja gerne Kriege begonnen werden. Damals habe ich die Idee gefasst, den russischen Botschafter zu meiner Ringvorlesung über Feindbilder in internationaler Geopolitik einzuladen. Gott sei Dank ging es ja nicht gleich so schnell vonstatten. Doch was 2022 gefolgt ist, war letztendlich eine geplante Fortsetzung der Eskalation der Konflikte mit Russland und der Vertiefung der Gräben zwischen Ost und West, die aus der Sicht transatlantischer Geostrategen geboten ist, um den Westen zusammenzuhalten und die Integration Westeuropas mit Russland – geschweige denn mit ganz Eurasien – nicht zuzulassen.

Multipolar: *Gibt es auch Punkte, die Sie an Russland beziehungsweise an der Politik der russischen Regierung kritisieren?*

Rothfuß: Da gäbe es sicherlich viel zu kritisieren. An jeder Regierung gibt es viel zu kritisieren. Hinsichtlich der Entwicklung der Konfliktsituation muss ich jedoch ganz klar sagen, dass spätestens seit der Rede von Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 bekannt war, dass die expansive Politik des Westens – vor allem die Osterweiterung der Nato – Konflikte erzeugen würde. Man hat sie trotzdem fortgesetzt – entweder weil man sich selbst überschätzt und Russland unterschätzt hat, oder weil man diesen Konflikt brauchte. Danach erfolgte ein zähes Ringen um Lösungen, das aus der Sicht Russlands immer wieder zu Enttäuschungen führte.

Bevor am 24. Februar 2022 Russland in die Ukraine einmarschiert ist, hatte der Beschuss seitens der ukrainischen Armee gegen die sich als autonom erklärten Volksrepubliken Donezk und Luhansk massiv zugenommen – auf mindestens das Zehnfache laut OSZE-Aufzeichnungen. Das zeigt ganz klar, dass es sich um einen Konflikt handelte, der immer weiter eskaliert wurde und bei dem im Westen kein Interesse an einer Beilegung bestand.

Auf russischer Seite diesbezüglich Fehler zu beurteilen, steht mir nicht zu. Ich lasse auch die Frage, ob der Einmarsch völkerrechtswidrig war oder nicht, im Raum stehen. Es ist im Völkerrecht durchaus anerkannt, dass es eine „Responsibility to Protect“ [Schutzverantwortung, Anm. d. Red.] gibt, wenn gewisse Volksgruppen systematisch diskriminiert, bedroht oder sogar massakriert werden – wie das mit den 14.000 Opfern des Bürgerkrieges auf ostukrainischer Seite zwischen 2014 und 2022 belegt ist. Russland hat diese „Responsibility to Protect“ für sich in

Anspruch genommen. Bisher haben das lediglich die Amerikaner gemacht, was regelmäßig vom Westen nur mit Achselzucken quittiert oder gar als Grund zum Eingreifen gerechtfertigt wurde.

Abgesehen davon kann man an der russischen Regierung kritisieren, dass sie nicht genügend Presse- und Meinungsfreiheit zulässt. Doch wenn man damit anfängt, könnte man Regierungen auf der ganzen Welt kritisieren.

Multipolar: *Beispielsweise die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland und der EU.*

Rothfuß: Genau, allen voran die EU, die es allen Bürgern der Mitgliedstaaten verboten hat, sich frei aus Russia Today oder Sputnik zu informieren.

Multipolar: *Was ist Ihre persönliche Position zu dem sich anbahnenden direkten Konflikt mit Russland? Wo sehen Sie Auswege?*

Rothfuß: Die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts ist schwer abschätzbar. Denn es scheint aufseiten des Westens eine irrationale Favorisierung der Eskalation dieses Konflikts zu geben sowie keinerlei ernsthafte Bereitschaft, Diplomatie zu betreiben. Darunter fällt auch, die Vorgeschichte des Krieges und die eigene Schuld daran aufzuarbeiten sowie einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu finden. Das ist absolut nicht gegeben. Stattdessen wird allein durch die Veränderung der Wirtschaftspolitik hin zu einer Förderung der Kriegswirtschaft letztendlich zementiert, dass wir Konflikte brauchen. Wenn die Kriegswirtschaft einmal aufgebaut ist, wird Druck entstehen, auch Umsatz für die Rüstungsindustrie zu erzeugen. Dann muss letztendlich ein Krieg her, um diese Nachfrage zu schaffen. Ich sehe seitens des Westens eine Weichenstellung in Richtung Krieg, die fatale Folgen haben könnte.

Diese Entscheidung kann ich mir nur so erklären, dass den derzeitigen Herrschenden der weitere Verlauf der Wirtschaftskrise schon bekannt ist – einschließlich der Implikationen auf den Finanzmärkten, eines eventuellen Euro-Crashs und des Absturzes der westlichen Volkswirtschaften. Um nicht selbst als Schuldige dazustehen, brauchen sie eventuell einen Krieg, für den sie Putin verantwortlich machen können. Ich mache mir große Sorgen, dass eine starke Dynamik entsteht, diesen Krieg entfachen zu wollen.

Um ihn zu verhindern, sind uns die Hände nicht komplett gebunden. Wir können auf die Straße gehen, können demonstrieren, wir können das Ganze medial verbreiten – auch dank vieler alternativer kritischer Medien wie Multipolar. Dadurch können wir sichtbar machen, dass es in Deutschland einen breiten Willen gibt, den Frieden mit Russland zu wahren. Diese Signale werden in Russland auch gehört, wenn wir dorthin reisen und mit Vertretern des russischen Staates sprechen – beispielsweise bei einem Treffen mit Dmitri Medwedew 2024. Dort hofft man, dass sich dieser Wunsch in der deutschen Bevölkerung durchsetzt und politisch niederschlägt – und dass politische Beziehungen wieder hergestellt und die Kriegspläne auf demokratischem Wege gekippt werden können.

Das habe ich auch kürzlich in einem Interview mit dem russischen Fernsehsender „Channel One“ deutlich gesagt. Wenn wir eine AfD-Regierung haben, dann ist Schluss mit EU-Sanktionen gegen Russland und mit Waffenlieferungen in die Ukraine. Wir werden die EU in ihre Schranken weisen – und wir werden dafür sorgen, dass Nord Stream repariert und wieder in Gang gesetzt wird. Diese Hoffnung nähren wir. Das können wir aber auch mit Demonstrationen unterstützen. Das wird beobachtet in Russland. Deswegen hoffe ich, dass wir es alle gemeinsam schaffen, den Krieg abzuwenden.

Multipolar: *Ihre Reisen sind innerhalb der AfD ein Politikum – bis in die Parteispitze hinein. Dies wurde insbesondere anhand einer Ende letzten Jahres geplanten Reise nach Sotschi deutlich, in deren Rahmen sie Dmitri Medwedew erneut treffen wollten. Alice Weidel war dagegen, Tino Chrupalla stellte sich hinter Sie. Wie schätzen Sie die Stimmung innerhalb Ihrer Partei ein? Sprechen Sie für eine Mehrheit in der Partei, oder eher für eine Minderheit?*

Rothfuß: Ich würde es etwas allgemeiner ausdrücken und es nicht nur auf diese eine Reise beziehen, weil es eine spezielle Situation war. Insgesamt haben wir an der Basis der AfD – auch im Westen – eine überwiegende Mehrheit für die Position, die Sanktionen gegen Russland sowie die Waffenlieferungen in die Ukraine zu beenden, zu normalisierten Beziehungen mit Russland zurückzukehren, den Frieden zu sichern und Russland als Rohstoff- und Wirtschaftspartner zurückzugewinnen. Das ist die DNA der AfD. 2023 habe ich eine Friedensresolution auf dem Landesparteitag der AfD in Bayern eingebracht, dass der Bayerische Landtag seine Partnerschaft mit der Region Moskau wieder aufleben lassen und die Bayerische Staatsregierung alle Kommunikationskanäle nutzen soll, um auf Landesebene dazu beizutragen, den Konflikt mit Russland zu entschärfen. Wir hatten eine Zustimmung von 95 Prozent unter den AfD-Mitgliedern. Das zeigt, dass die AfD nicht nur im Osten für Frieden mit Russland ist.

Es kann sein, dass es im Westen weniger Fachleute gibt, die sich mit Beziehungen zu Russland auskennen. In der Nachkriegszeit war der Westen auf die EU und die Nato fixiert. Im Osten haben wir dagegen eine höhere Dichte an Menschen, die Expertise im Umgang mit Russland haben. Daher entsteht dieses Bild, dass die Ost-AfD für gute Beziehungen mit Russland ist und die West-AfD nicht. Dieses Bild bestätigt sich jedoch nicht, wenn man sich die Basis der Partei im Westen anschaut.

Multipolar: *Ihre Einschätzung wird auch von einer aktuellen Umfrage der ARD bestätigt. Darin heißt es, gut zwei Drittel der AfD-Anhänger landesweit sehen Deutschlands Sicherheit durch Russland wenig beziehungsweise gar nicht bedroht.*

Rothfuß: Das heißt, selbst unsere Wähler nehmen es uns nicht übel, dass wir für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland eintreten. Angesichts wachsender Umfragewerte zeigt das auch, dass das verzerrte Image, wir seien Putins Sprechpuppen und Vaterlandsverräter nicht mehr zieht.

Natürlich gibt es intern hin und wieder Diskussionen. Das hat man ja an der von Ihnen angesprochenen Reise nach Sotschi gemerkt. Doch dabei ging es um Fragen des Stils und der Signale, die wir als Partei aussenden. Dmitri Medwedew wird nun einmal in westlichen Medien als das inkarnierte Böse dargestellt. Da haben wir versucht, die Provokation durch diese Reise nicht zu maximieren. Man hat mir gesagt, bitte trefft ihn einfach nicht. Bitte füttert nicht die Medien. Daraufhin habe ich angeboten, zu Hause zu bleiben. Mit dem AfD-Landesvorsitzenden in Sachsen Jörg Urban, dem AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré sowie dem EU-Abgeordneten der AfD Hans Neuhoff war die Mission bereits hochrangig besetzt. Ich wollte die Reise nicht gefährden. Es gab keinen Befehl von Alice Weidel. Ich hätte auch mitfahren können. Sie hat das letztendlich nur ein bisschen missverständlich ausgedrückt.

Multipolar: *Was ist dran an dem jüngsten Reuters-Bericht eines geplanten Treffens der AfD-Parteispitze mit einem Berater Putins im Frühjahr 2027?*

Rothfuß: Ja, dieses Treffen hat unser außenpolitischer Sprecher auch bei seinem Russlandbesuch im Juni besprochen, und es soll wohl in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden. Das Signal auch seitens von US-Vertretern ist eindeutig: Wir wollen seitens der Europäer nur die AfD mit am Tisch haben. Das halte ich schon für ein starkes Signal, denn mit Oppositionsparteien verhandeln Regierungen normalerweise nicht. Wir werden aber einfach

als nach Umfragen mit Abstand stärkste Partei und als einzige konsequente Vertreter des außenpolitischen Normalisierungsziels als wohl einziger ernstzunehmender Partner wahrgenommen.

Multipolar: *Im rechten Wählerspektrum kann man in den Umfragen eine deutliche Wählerwanderung von den Unionsparteien zur AfD erkennen, im linken Spektrum jedoch nichts Entsprechendes: Das BSW verliert an Zustimmung. Woran liegt das aus Ihrer Sicht?*

Rothfuß: Zunächst einmal sind die Umfragewerte kein Beleg dafür, dass die wachsende Zustimmung für die AfD allein von ehemaligen Unionsanhängern kommt. Was die fallenden Umfragewerte des BSW angeht, glaube ich, dass die Partei mehr Mut aufbringen sollte, Prügel einzustecken. Das würde sie attraktiver machen. Das BSW ist immer ein Stück weit vor der Wucht zurückgeschreckt, mit der man getroffen wird, wenn man die etablierten Glaubensgrundsätze im politischen und medialen Mainstream kritisiert.

Sahra Wagenknecht hat zum Beispiel im Fernsehen fast immer von der „Annexion der Krim" gesprochen. Das ist der falsche Begriff. Es gab auf der Krim ein Referendum. Das einzige Verfassungswidrige daran war nicht das Referendum selbst, denn dazu hatte die autonome Republik Krim das Recht. Das Problem war, dass auf der Krim über eine Abspaltung von der Ukraine und einen Anschluss an Russland abgestimmt wurde. Das war laut der ukrainischen Verfassung nicht erlaubt. Doch zuvor hatte man bereits den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch ohne die erforderliche Drei-Viertel-Mehrheit im Parlament abgesetzt. Auch das war verfassungswidrig. Wenn man dem Mainstream immer wieder kleine Häppchen hinwirft, wie beispielsweise mit dem Begriff „Annexion", nur um akzeptiert zu werden, dann wird man trotzdem vom Mainstream gehasst, weil man zu kritisch ist. Und zugleich wird man von den Verzweifelten, die aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage immer mehr werden, nicht als Hoffnung gesehen, wenn man keine klare Kante zeigt.

Multipolar: *Am 5. November findet in Berlin eine Podiumsdiskussion mit Ihnen und der sachsen-anhaltinischen BSW-Vize-Fraktionschefin Claudia Wittig statt. Titel: „Für eine neue deutsche Außenpolitik – Frieden mit Russland". Ist das BSW für die AfD ein strategischer Partner für eine neue deutsche Russlandpolitik?*

Rothfuß: Das liegt natürlich immer an der jeweiligen Situation. Auf Landesebene in Sachsen-Anhalt ist das BSW ein strategischer Partner. Das haben Ulrich Siegmund, Thomas Schulze und Claudia Wittig ganz klar gezeigt, als sie nach der Landtagswahl sofort eine Sondersitzung anberaumt und ein Friedenssignal in Richtung Russland gesetzt haben, obwohl das kein Landesthema ist. Das war für mich gefühlt die Umsetzung meiner Diplomatie- und Friedensresolution, die ich 2023 im Landesverband Bayern der AfD mit 95 Prozent Zustimmung durchgebracht habe. Das Signal hat sicherlich in Deutschland viel bewirkt, aber vor allem auch in Russland.

Wie sich das dann weiterentwickelt, weiß kein Mensch. Denn in anderen Landesverbänden arbeitet das BSW auch mit den Linken, mit den Grünen und mit der SPD zusammen. Zudem will das BSW in Sachsen-Anhalt Ulrich Siegmund nicht zum Ministerpräsidenten wählen, weil man dies den Wählern versprochen habe. Ob das BSW grundsätzlich ein strategischer Partner für die AfD ist, das entscheidet sich erst daran, wie sich die Partei weiter verhält.

Grundsätzlich gibt es noch weitere Themen, bei denen sich die Positionen von AfD und BSW überschneiden. Im alten Bundestag haben wir gemeinsam für einen Corona-Untersuchungsausschuss gestimmt. Wäre das BSW nach der Bundestagswahl 2025 in den Bundestag eingezogen, hätten wir jetzt einen solchen Untersuchungsausschuss anstatt der Enquete-Kommission. Wir als AfD-Bundestagsfraktion sind da völlig auf der Seite von Sahra

Wagenknecht und allen anderen, die sagen, die Wahl müsse neu ausgezählt werden. Die diesbezügliche Verschleppungstaktik stinkt zum Himmel.

Ich denke auch, dass wir bei der Entlastung des Netto-Realeinkommens von Arbeitnehmern gerade am unteren Rand zusammenkämen. Dazu kommt noch, dass sich das BSW von der Linken abgesetzt hat, um die Zuwanderung zu begrenzen. Ein Sozialstaat braucht Grenzen, sonst ist er rein rechnerisch nicht überlebensfähig. Ein weiterer Punkt ist eine ideologiefreie, qualitativ hochwertige Bildung. Ich glaube nicht, dass das BSW auf einer weiteren Ideologisierung der Bildung besteht. Das kommt eher von der Linken.

Multipolar: *In Ihren Publikationen haben Sie Konzepte erarbeitet, wonach Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber in sogenannten „Schutz- und Entwicklungszonen" außerhalb Europas untergebracht werden könnten. Es gab in der jüngeren Vergangenheit Beispiele, wie derartige Konzepte schief gelaufen sind. Australien hat beispielsweise Asylverfahren nach Nauru und Papua-Neuguinea ausgelagert. Die australische Menschenrechtskommission dokumentierte daraufhin unzureichende Lebensbedingungen, eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung und schwere Menschenrechtsverletzungen. Der britische Supreme Court hat ein ähnliches Vorhaben der britischen Regierung erst gar nicht zugelassen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Ihr Konzept nicht ähnliche Rückschläge erfährt?*

Rothfuß: Ich habe die bis dato verfügbaren Erfahrungswerte analysiert und bin mir bewusst, dass schon einiges, was ausprobiert wurde, nicht richtig geklappt hat. Auch Israel und Italien haben schon ähnliche Initiativen vorangetrieben, die bisher nicht umsetzbar waren. Mein Konzept sieht zunächst einmal vor, völkerrechtswidrige Militärinterventionen, Regime-Changes, Putsch-Unterstützungen, Farbrevolutionen und ähnliches seitens des Westens sofort zu stoppen. Dann haben wir bereits 90 Prozent des eigentlichen Problems gelöst. Dazu gehört auch das, was die USA und Israel im Iran veranstaltet haben. Das ist zwar noch nicht in eine Flüchtlingskrise gemündet, das ging aber auch 2015 nicht so plötzlich. Die damalige Krise war eine Spätfolge der Interventionen im Irak ab 2003 und in Syrien ab 2011. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass Drittstaaten nur eine Ausweichmöglichkeit sind, sofern eine Rückführung in das eigentliche Herkunftsland aufgrund der dortigen Sicherheitslage nicht durchführbar ist. Doch das ist relativ selten der Fall, weil oft nur Teilregionen eines Landes von Konflikten betroffen sind. Zum Beispiel haben die G7-Länder das damals noch größtenteils vom Präsidenten Baschar al-Assad regierte Syrien mit Hilfsgeldern in Milliardenhöhe unterstützt – aber nur in Regionen, wo die islamistischen Terroristen die Kontrolle hatten, die heute die Regierung stellen. Man konnte damals in Syrien in weitläufigen Gebieten sicher leben. Assad hatte sogar bekannten Terroristen Amnestie gewährt und sie wieder eingegliedert in die Gesellschaft. Das heißt, die Rückkehr wäre selbst nach Syrien unter Assad durchaus möglich gewesen – unter bestimmten Bedingungen, bestimmter Förderung und bestimmter Begleitung.

Das ist für mich der zentrale Punkt. Die Rückführung sollte zugleich einen Entwicklungsboost für diese Länder ermöglichen. Und egal, ob dies das direkte Herkunftsland ist oder ein Drittland – es muss sich für diese Länder auch lohnen. Und es muss sich zugleich auch für Deutschland lohnen. „Remigration" war für mich als Wissenschaftler immer ein Fachbegriff, der einfach nur „Rückwanderung" bedeutet – beispielsweise nach einem saisonalen Einsatz in der Landwirtschaft oder nach einem längeren Berufsabschnitt im Ausland. Der Begriff wurde durch den politischen Wettbewerber und die Medien zu einem Unwort umgedeutet.

Remigration bedeutet natürlich auch freiwillige Rückkehr. Es geht nicht um das egoistische Abschieben nach dem Motto: Wir machen irgendwo auf einer Landebahn in der Sahara die Flugzeugtüre auf und schubsen die Leute raus in die Wüste. Derartige Programme hat die EU teilweise gefördert. Zum Beispiel hat sie jahrelang mit Libyen und Algerien in diesem Sinne zusammengearbeitet. Solche unmenschlichen Maßnahmen haben wir nie gefordert.

Multipolar: *Zum Schluss noch ein anderes Thema: Auf eine Anfrage von Multipolar haben Sie im Frühjahr geäußert, Ihre Partei entwickele eine parlamentarische Initiative mit dem Ziel, die EU-Sanktionen gegen kritische Publizisten wie Hüseyin Dogru, Jacques Baud, Alina Lipp und andere aufzuheben. Was ist daraus geworden?*

Rothfuß: Eine konkrete Maßnahme war die Beantragung einer Enquete-Kommission zum Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa im Bundestag. Wir sind zudem innerhalb der Bundestagsfraktion mit den verschiedenen betroffenen Arbeitskreisen sowie mit dem Vorsitzenden der Fraktion „Europa der Souveränen Nationen“ René Aust und dem Europaparlamentsabgeordneten Tomasz Froelich im Gespräch, was wir zwischen beiden Parlamenten realisieren können. Solange wir in der Opposition sind, können wir das Thema jedoch nur aufarbeiten und sichtbar machen. Verändern können wir wenig, zumal es bei diesem Thema eine regelrechte Frontstellung in Berlin und Brüssel gibt.

Sollten wir bei der nächsten Bundestagswahl spätestens 2029 tatsächlich 30 Prozent der Wählerstimmen gewinnen, können wir zumindest Untersuchungsausschüsse alleine durchsetzen. Falls wir die Regierung stellen – das kann ja angesichts der Prognosen nur in einer Mehrheitsposition sein – werden wir das sofort stoppen.

Multipolar: *Wie schätzen Sie die Lage der Meinungsfreiheit in der EU heute ein?*

Rothfuß: Die angewendeten Mechanismen der Zensur sind subtil bis drakonisch. Drakonisch, wie im Fall des sanktionierten ehemaligen Schweizer Geheimdienstmitarbeiters Jacques Baud, subtiler in Form des Digital Services Act. Der Bürger spürt normalerweise die Einschränkung der Meinungsfreiheit innerhalb der EU nicht direkt, weil er zuvor in der Regel auch nicht Russia Today geschaut hat. Das heißt, es trifft immer nur ein paar Wenige, die entweder sanktioniert werden oder deren Medium nicht mehr erreichbar ist. Es erscheint daher in der breiten Öffentlichkeit nicht als brennendes Problem. Das ist schon clever gemacht, nicht so brachial wie in der DDR. Doch es wird definitiv autoritär Druck ausgeübt. Das ist einfach unwürdig für Europa. Das ist unserer gesamten Geistesgeschichte unwürdig. Das muss unbedingt zurückgedreht werden. Wir brauchen absolute Freiheit. Das ist der einzige Boden, auf dem Zivilisation und Innovation gedeihen können.

Zum Interviewpartner: *Dr. Rainer Rothfuß, Jahrgang 1971, hat Geographie der Entwicklungsländer mit den Nebenfächern Politikwissenschaft, Raumordnung und Entwicklungsplanung an der Universität Tübingen, der Universität Stuttgart und der Universidad de los Andes in Mérida in Venezuela studiert. Er promovierte über „Transnationale Städtenetzwerke als Instrument der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“. Von 2009 bis 2015 leitete er als Juniorprofessor und Lehrstuhlinhaber der Universität Tübingen im Fach Geographie eine Arbeitsgruppe mit den Forschungsschwerpunkten Politische Geographie, Geographische Konfliktforschung, nachhaltige Entwicklung und Elektromobilität. Bis 2017 war er Mitglied der CSU , 2018 wechselte er in die AfD. Seit 2023 ist Rothfuß Bundestagsabgeordneter und aktuell menschenrechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion sowie Obmann im Unterausschuss für Krisenprävention und Friedenssicherung.*

Weitere Artikel zum Thema:

- **„Diese Rückkehr zu einer militärisch-politischen Kultur ist sehr gefährlich“** (Interview mit Fjodor Lukjanow, 19.10.2026)
- **Ein strategischer Irrtum** (Jeffrey Sachs, 12.10.2026)
- **„Sollte es zu einem großen Krieg kommen, wird Europa einfach aufhören zu existieren“** (Interview mit Sergej Karaganow, 14.11.2025)
- **Frieden statt Krieg: Mehrheit der Deutschen will andere Ukraine-Politik** (Stefan Korinth, 9.5.2025)